

Haushaltsrede 2026 der Löhner-Bürger-Allianz

(Stichworte als Grundlage der Rede / Es gilt nur das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Löhner Bürger, Zuhörer und verehrte Vertreter der Presse, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Eingangs sei an dieser Stelle den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Stadtwerke für ihre Arbeit Dank gesagt, das gilt in besonderer Weise für Frau Linnemann und ihr Kämmerer-Team. Frau Linnemann hat uns das Zahlenwerk in klarer Weise aufgeschlüsselt und gut nachvollziehbar dargelegt.

Sie und ihr Team hatten bei ihrer Arbeit große Herausforderungen zu bewältigen. Wir danken ihr dafür.

Ihr nüchterner und sachlicher Zugriff ist sehr hervorzuheben.

Bürgermeisterentscheidung: Haushaltreden nicht mehr im Rat, sondern im Hauptausschuss.

- Hinweis auf Stellenwert – Wichtigste Funktion des Parlaments, eine Nebensache?
- Einbringung des Haushaltes durch Kämmerin demnächst auch im Ausschuss?
- evtl. im nichtöffentlichen Teil?

1 Der aktuelle politische Rahmen / Politik-Krise und Demokratie-Rückbau

VORWEG: Seit langen Jahren haben wir im Rahmen unserer Haushaltrede regelmäßig den regionalen und überregionale wirtschaftlichen Kontext untersucht und dabei die Auswirkungen auf die Stadt Löhne und den städtischen Haushalt bedacht.

Von diesen Rahmenbedingungen ausgehend wurde die Struktur des aktuellen Haushaltsentwurfes analysiert.

Daran knüpften sich die Überlegungen, welche konkret Maßnahmen zur Konsolidierung erforderlich wären, d.h. was zu tun wäre, um die städtischen Finanzen in eine annehmbare Form zu bringen.

Das Fazit der letzten LBA-Haushaltrede lautete im Jahre 2025:

**„Das wackelige Projekt der Haushaltssanierung steht und fällt mit der Frage:
Sind die SPD geführte Ratsmehrheit und der Bürgermeister tatsächlich bereit, den Hebel umzulegen und zukünftig sparsam zu wirtschaften und auf überflüssige und auf ideologisch bedingte Ausgaben zu verzichten?“**

Wenn der noblen Zielsetzung des Haushaltssanierungsplanes nicht ein konkretes, nachhaltiges Umsteuern folgt, dann ist der Plan der Kämmerer nur Makulatur.

Die SPD bzw. Rot-Grün wird dann - auch zukünftig - immer weiter an der Steuer- und Gebührenschaube drehen – zu Lasten der Löhner Bürger.“

Und genauso ist es gekommen. Die rot-grüne Verschuldungspolitik geht ungebremst weiter. Und weiter geht es auch mit dem endlosen Drehen an der Steuerschraube.

Zyniker würden mit Blick auf die Kommunalwahl sagen: „Wie bestellt – so geliefert“

Deutlich ist festzustellen, dass Rot-Grün erkennbar nicht an einer soliden Finanzpolitik zu Gunsten der Löhner Bürger interessiert ist.

Sämtliche diesbezügliche Überlegungen und Anregungen wurden in der Vergangenheit konsequent ignoriert.

Das heißt also: Wir müssen ganz realistisch sein: Es geht angesichts der aktuellen Ratsmehrheit im Kern nicht mehr um das „Wie“, sondern nur um das „Ob“.

Es ist davon auszugehen, dass sich dies finanzpolitische „Spiel“ unter der aktuellen rot-grünen Konstellation nicht mehr verändern wird:

D.h., Rot-Grün setzt den Weg der weiteren Belastung der Bürger und den Weg der immer weiter ausufernden Verschuldung ungehemmt und unbeirrt fort.

Ausgehend von diesem Faktum werden hier - abweichend von der vergangen Vorgehensweise - primär die INHALTE betrachten. Denn die Zahlen, die diese Inhalte repräsentieren, sind erkennbar nachrangig.

###

Schon auf Bundesebene sind die Übereinstimmungen bei der Politik der (neuen) rot-schwarzen Bundesregierung und ihrer (alten) Ampel-Vorgängerin frappierend:

Vor der Bundestagswahl wurden Versprechungen gemacht, die wenige Tage, nachdem die Stimmzettel in der Urne waren, vergessen waren und ins Gegenteil verkehrt wurden.

Der Deal war: Die CDU darf den Bundeskanzler stellen, dafür bestimmt die SPD die Ausrichtung der Politik!

Das Ergebnis: Sowohl die Regierung, sowohl der Kanzler wie auch SPD und CDU haben abenteuerliche, d.h. grottenschlechte Zustimmungswerte.

Wenn die CDU in den 70er oder 80er-Jahren auf Bundesebene (vor der unseligen Merkel-Ära) Umfragewerte von 24 % erzielt hätte (= siehe INSA Sonntagsfrage 18.4.'26), dann hätte sich deren Vorsitzender sofort und ohne Umschweife „ins Schwert gestützt“. ---

Es kann schlichtweg auf Bundes- noch auf Kommunalebene lange gut gehen, Politik gegen das eigene Volk zu machen.

Beispielgebend für die gegenwärtige Linie ist auf Bundesebene die Zielsetzung der SPD – im Gleichklang mit der SED-Fortsetzerin, der Linken - das **Ehegattensplitting zu streichen**.

Der Bezug für die Stadt Löhne liegt in der Stellenaufstockung im Bereich des Jugendamtes angesichts immer weiter steigender Fallzahlen und die damit verbundenen steigenden Kosten.

Hintergrund ist - neben der jahrelangen unkontrollierten Masseneinwanderung – das Ziel, die Erziehung der Kinder möglichst früh den Familien aus der Hand zu nehmen und diese in staatliche Erziehungsanstalten zu verlagern. Identische ließ sich bereits bei den zwei deutschen sozialistischen Diktaturen zwischen 1933 und 1945 und zwischen 1949 und 1989 beobachten.

Mit dem Versuch, das Ehegattensplitting zu streichen und dadurch die Frauen aus der Familie zu nehmen, legen Klingbeil und seine Partei ganz bewusst die Axt an der Wurzel der Familien. (siehe Aufarbeitung der Beeinträchtigung der „Wochenkinder“ in der DDR.)

Auch wenn wir auf kommunaler Ebene keine direkte Handhabe haben, sollten wir hier an Gutwilligen in den Regierungsparteien appellieren, ihren Einfluss zur Beibehaltung geltend zu machen.

Wir meinen, dass das Ehegattensplitting kein überholtes Modell ist, sondern ein Instrument, um die Familien zu stärken.

Es erkennt an, dass Ehepartner gemeinsam wirtschaften und gemeinsam Verantwortung tragen - besonders, wenn Kinder im Spiel sind.

Entscheidend ist dabei die Wahlfreiheit: Familien sollen selbst – ohne staatlichen Dirigismus - bestimmen können, wie sie Erwerbsarbeit und Kindererziehung aufteilen. Ohne steuerliche Entlastung entsteht schnell ein finanzieller Zwang, beide Elternteile früh in Vollzeit zu schicken – ganz nach dem Muster der DDR-Politik.

Gerade in den ersten Lebensjahren brauchen Kinder stabile Bezugspersonen. Eltern können diese Nähe und Kontinuität im Normalfall besser leisten als jede andere Institution.

Das bedeutet nicht, Kitas abzuwerten - sondern anzuerkennen, dass sie familiäre Betreuung ergänzen, aber eben nicht vollständig ersetzen können.

Eine starke Familie ist zudem die beste Grundlage eines gelingenden Lebens. Wer früh Bindung, Werte und Stabilität vermittelt, reduziert aufs Ganze soziale Probleme.

Als Fazit kann man sagen, dass das Ehegattensplitting und die Stärkung der Familie Freiheit sichern, Verantwortung stärken und somit eine nachhaltige Investition in die Gesellschaft sind.

2 Die faktische rot-grüne Kommunal-Agenda: Ignoranz der tatsächlichen Sorgen und Nöte der Bürger – stattdessen Ausbau der Pfründe

Auf kommunaler Ebene machen weder Rot-Grün noch der Bürgermeister erkennbare Versuche, die Verschuldungsspirale zu stoppen – oder die regenmäßigen Steuer- und Gebührenerhöhungen zu bremsen.

Ernstliche rot-grüne Sparvorschläge gibt es nicht - aber immer wieder eine Fülle weitere Ideen zum Geldausgeben.

Viel wird von **sozialer Verantwortung** gesprochen, doch die Realität sieht anders aus.

Beispiel: Erhöhung der Wasserkosten, obgleich die Stadtwerke regelmäßig reichlichen Gewinn einfahren – und das in einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten (Lebensmittel, Mieten, Mobilität u.a.) so hoch sind, wie nie zuvor!

Die Grundlinien der rot-grünen Politik war nach der Kommunalwahl 2025 sehr schön erkennbar:

2.1 Bürgermeister-Schote

Direkt nach der Kommunalwahl fiel der SPD auf, dass zwei Bürgermeister-Stellvertreter viel zu wenig sind.

Wahrheitswidrig wurde erzählt, in der Vergangenheit hätten der Bürgermeister und seine Stellvertreter nicht alle Termine wahrnehmen können.

Zwar konnte auf Nachfrage kein Rathausmitarbeiter auch nur einen Termin nennen, der mangels (Bürgermeister-)Masse ausgefallen wäre.

> Faktischer Hintergrund war etwa anderes.

Augenscheinlich wollte sich die Grüne-Fraktionsvorsitzende verändern und auf den Stuhl des stellv. Bürgermeisters steigen.

Ihr Wahlkampfeinsatz für Herrn Antl sollte honoriert werden – natürlich (Wen wundert es?) zu Lasten des städtischen Haushaltes bzw. des Löhner Steuerzahlers.

2.2 Propaganda-Kanal

Der **nächste** Schritt war der Ausbau des städtischen Propaganda-Kanals.

Per Anzeige wurde ein „Geister-Schreiber“ gesucht, der Herrn Antl die lästige Aufgabe abnimmt, erquickliche Grußwort beispielsweise für die Hauptversammlung des Kaninchenzuchtvereins zu dreheln.

Und dies, obgleich der Sammelordner „Reden für jeden Anlass“ bereits im Regal steht und von den Vorrednern auch reichlich befragt wurde.

Sprachrohr des rot-grünen Blocks. Der Kanal „Löhner Newsletter“ wird auf Linie gebracht. Laut Frau Nolting unterscheidet die Stadt mittlerweile zwischen „**Leitmedien**“, die sich positiv zur rot-grünen Politik verhalten und sich deshalb einer

Wiedergabe im Rathausblättchen erfreuen dürfen, und anderen d.h. kritischen Medien, die eine solche Gunst nicht verdient haben.

2.3 Weg zur atheistischen Schule

Seit jeher hatte die SPD die Zielsetzung, die christliche Religion aus der Schule zu verbannen. - Unter dem Vorwand der besseren Chancen zur Besetzung von Schulleiterstellen wurde dies jetzt in Löhne durchgetrixt.

2.4 Sozialistischer Internationalismus

Muster: Nicaragua / Condega,

> Syrien / Kobane Herr Falkenstern behauptet – ohne Finanztransfer

Nur eine Frage der Zeit, dass die Linke die SPD erpressen wird, Geld – z.B. über die Sparkassenmittel – nach Syrien zu schicken.

2.5 Dämonisierung des Autos

2.6 Ökologistische Symbolpolitik

Solarbänkchen, Mobilitätsmanger, ohne jede Erfolgskontrolle

3 Vorrang für rot-grüne Machtsicherung, ideologische Setzungen / Nationalmasochismus

Vorab: In der Analyse der finanzpolitischen Situation der Stadt Löhne und der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gibt es zwischen den Einschätzungen der Kämmerei und denen der Löhner-Bürger-Allianz weitestgehende Übereinstimmung.

Dabei müssen wir bei der politischen Bewertung dieses Entwurfes in aller Klarheit feststellen:

Der gegenwärtige städtische Haushaltsentwurf ist aufs Ganze gesehen ein >Dokument des Scheiterns<.

Ein Scheitern, dass man selbstverständlich weder dem „Überbringer der Hiobsbotschaft“ (also der Kämmerei), noch den Kritikern dieses (Haushalts)Werkes, also der Opposition, zurechnen kann.

Der Vorwurf des Scheiterns geht ausschließlich an diejenigen, die Jahr für Jahr die Einwendungen der LBA, unsere Alternativ- und Sparvorschläge in den Wind schlugen, die Jahr für Jahr glaubten, es viel besser zu wissen und die ihren Kurs in den finanziellen Abgrund unbeirrt und - „ohne Rücksicht auf die roten Zahlen“ - fortsetzten:

4 Was war Rot-Grün in der Vergangenheit wichtig: diverse Leuchtturm Projekte

Platzierung eines **Solarbänkchens auf dem Findeisenplatz** – ein Leckerli, das die SPD den Grünen vorwarf um deren Stimmen für den Haushalts einzusacken – mittlerweile sehen wir – die Idee, dass dort Löhner Bürger ihr Handy aufladen war in Konzeption und Ausführung eine komplette Schnapps Idee, auch wenn eine Umwegfinanzierung durch die Stadtwerke vorgenommen wurde - durch die übersteuerten Wassertarife ist dort ja immer Geld vorhanden.

Umbau der **Hochstraße zur Fahrrad-Straße** – ging eindrucksvoll in die Hose
Unter dem Stichwort >Verkehrswende< wird das Auto dämonisiert und letztendlich angestrebt, dass Autofahrer ihr Auto ganz verkaufen bzw. auf dessen Nutzung verzichten. PKW-Fahrer sollen sehen wo sie bleiben. (Die SPD war nicht einmal bereit, dem Antrag der LBA zu folgen, sich die Lage vor Ort anzusehen. / Arroganz der Macht)

Parkplatz-Klau. Die Anti-Autopolitik war nicht nur das Fundament des Hochstraßen-Experiment, sondern bestimmte auch die Planungen zur Königstraße und Koblenzer Straße – wo – neben der Beseitigung von Parkplätzen - aus Umweltgründen reihenweise die Bäume abgemäht wurden.

Radschnellweg. Gestartet wie ein Löwe, gelandet wie ein Bettvorleger

5 Welche Aufgabenlösung wäre wirklich wichtig gewesen – wurde aber versäumt

- 5.1 **Innenstadt-Belebung statt Dauer-Verödung**
- 5.2 **Sanierung der städtischen Straßen und Radwege**
- 5.3 **Schlüssiger Anschluss des Bahnhofs an den Individualverkehr**
- 5.4 **Förderung des innerstädtischen Einzelhandels**
- 5.5 **Bekämpfung der Kriminalität im Stadtzentrum und der Einbruchskriminalität**

6 Ausblick

Es sieht nicht gut aus für die Stadt Löhne

Bei weiteren **Erhöhungen der Gewerbesteuer** ist damit zu rechnen, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Erste Betriebe denken darüber nach, ihre Firmen in günstigere Regionen zu verlagern.

Selbst die **kostenschwere Ansiedlung von Hermes**, die für Löhne im Wesentlichen nur hohe Infrastrukturkosten, nur wenige Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich und nahezu keine Gewerbesteuer einbrachte, erweist sich immer als Fehlentscheidung. Bekanntlich geht das Unternehmen am Stock.

Der aktuellen Ratsmehrheit sind nicht die konkreten kommunalen Herausforderungen wichtig
– stattdessen ihre Leuchttürme und Symbolhandlungen.

Die LBA will dagegen einen bürgerorientierten, freiheitlichen und antitotalitären Pragmatismus auf der Basis des Grundgesetzes, der nicht versucht, die (erwachsenen) Bürger unserer Stadt – kraft „eigener höhere Weisheit“ zu erziehen bzw. zu bevormunden, sondern deren eigene private und wirtschaftliche Initiative fördern und stärken will, Unsere Politik sieht sich als deutliche Alternative zu rot-grünem Dirigismus, zu rot-grünen Bekehrungs-Repressionen.